

06.05.2015

Drucksache 068/15

Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über eine Erstaufnahmeeinrichtung für asylbegehrende Ausländer zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Kreis Unna

Gremium	Sitzungsdatum	Beschlussstatus	Beratungsstatus
Ausschuss für Feuerwehr, Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr	20.05.2015	Empfehlungsbeschluss	öffentlich
Kreisausschuss	22.06.2015	Empfehlungsbeschluss	öffentlich
Kreistag	23.06.2015	Entscheidung	öffentlich

Organisationseinheit	Öffentliche Sicherheit und Ordnung
Berichterstattung	Dezernent Dirk Wigant

Budget	32	Öffentliche Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	32.04	Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge
Produkt	32.04.01	Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge

Haushaltsjahr	2015	Ertrag/Einzahlung [€]
		Aufwand/Auszahlung [€]

Beschlussvorschlag

„Der Landrat wird beauftragt, mit dem Land Nordrhein-Westfalen, vertreten durch die Bezirksregierung Arnsberg, diese vertreten durch den Regierungspräsidenten Dr. Gerd Bollermann, eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung über eine Erstaufnahmeeinrichtung für asylbegehrende Ausländer gemäß dem der Vorlage beigefügten Entwurf abzuschließen.“

Sachbericht

In seiner Sitzung am 10.03.2015 hat der Kreistag des Kreises Unna beschlossen, den Landrat zu beauftragen, in der ehemaligen Landesstelle Unna-Massen im Auftrag des Landes Nordrhein-Westfalen eine Erstaufnahmeeinrichtung einzurichten und die personellen und sachlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit diese ihre Arbeit am 01. Juli 2015 aufnehmen kann.

Nunmehr liegt der durch die Bezirksregierung Arnsberg ausgefertigte Entwurf einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Kreis Unna zur Abstimmung vor.

Die Änderungswünsche des Kreises Unna sind in dem Dokument entsprechend markiert und wurden der Bezirksregierung mit Schreiben vom 06.05.2015 zur Abstimmung übermittelt. Es ist davon auszugehen, dass bis zur Sitzung des Kreistages am 23.06.2015 die endgültige Fassung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung vorliegt.

Anlagen

Entwurf der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung

Grafische Darstellung des Soll-Prozesss